

678/AB XXI.GP

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 649/J betreffend Lehrstellenmarkt, welche die Abgeordneten Dietachmayr und Genossen am 26. April 2000 an mich richteten, stelle ich fest:

**Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:**

Die Sicherung der Beschäftigungschancen für Jugendliche und der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit ist für die österreichische Wirtschaftspolitik von großer Bedeutung. Für 2000 wird aufgrund der positiven Konjunktorentwicklung mit einem Anstieg der Nachfrage nach Lehrlingen gerechnet, das Lehrlingsangebot wird parallel zur demographischen Entwicklung weiter sinken. Längerfristige Prognosen sind nur sehr ungenau, die Zahl der Lehranfänger wird Schätzungen zufolge annähernd konstant bleiben.

Das Angebot von Lehrstellen durch die Wirtschaft, in vermehrtem Maße aber auch durch andere Lehrberechtigte (z.B. freie Berufe, öffentliche Hand) hängt primär vom Bedarf nach Fachkräften, daneben aber auch von den Ausbildungsbedingungen ab.

**Antwort zu Punkt 2 der Anfrage:**

Der Bedarf an ausgebildeten Fachkräften dürfte gute Wirtschaftskonjunktur angenommen - eher steigen als fallen, wobei allerdings mit wesentlichen strukturellen Verschiebungen aufgrund der Wirtschaftsentwicklung zu rechnen ist. Die Ausbildungsbedingungen werden vor allem davon abhängen, wie weit es gelingt, den Ausbildungsbetrieben Bedingungen für die Ausbildung zu schaffen, die ihnen die Ausbildung Jugendlicher ermöglichen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit hat vor allem durch die Schaffung neuer Lehrberufe bzw. durch die Modernisierung der Lehrberufe hier entscheidende Voraussetzungen geschaffen und wird sie auch weiterhin schaffen.

**Antwort zu Punkt 3 der Anfrage:**

Es ist davon auszugehen, dass ausbildungsfähige Jugendliche, die eine Lehrstelle anstreben, diese auch finden werden. Probleme gab es in den letzten Jahren vor allem für nicht ausbildungsfähige Jugendliche. Hier setzen spezifische Maßnahmen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in Zusammenarbeit mit dem AMS ein: vor allem sollen in den Sommermonaten solchen Jugendlichen Berufsvorbereitungs- und Einführungskurse angeboten werden, um Ausbildungslücken zu schließen bzw. die Persönlichkeitsentwicklung zu fördern. Jugendliche, die den Ansprüchen einer Normallehre (noch) nicht gewachsen sind, sollen die Möglichkeit erhalten eine Vorlehre zu absolvieren. Solche Vorlehren sollen auch von „selbständigen Ausbildungseinrichtungen“ gemäß § 30 BAG angeboten werden können.

**Antwort zu Punkt 4 der Anfrage:**

Es wird darauf hingewiesen, dass von den beiden Maßnahmen „Lehrgänge“ und „Stiftungen“ sich die Lehrgänge besser bewährt haben. Darauf verweisen auch die Ergebnisse von Evaluierungsstudien. Daher wird das Jugendausbildungs - Sicherungsgesetz in der Form weitergeführt werden, dass für den Schulentlassjahrgang 2000, Projekte zur Akquisition von Lehrplätzen und zur Ausbildung in Lehrgängen und diesen vorgelagerten Maßnahmen im erforderlichen Ausmaß bereitzustellen und durchzuführen sind.

**Antwort zu Punkt 5 der Anfrage:**

Im Rahmen des Auffangnetzes (Stand 1.12.1999) konnten vom Ausbildungsjahrgang 1998/99 aus den Lehrgängen 1.320 Jugendliche vermittelt werden (1.260 in eine Lehrstelle, 60 in eine Arbeit), das entspricht einer Quote von rund 53 %; aus den Stiftungen wurden 370 Jugendliche vermittelt (351 in eine Lehrstelle, 19 in eine Arbeit), das entspricht einer Quote von rund 22,21 %.

**Antwort zu Punkt 6 der Anfrage:**

Im Jahr 2000 stehen für die Ausbildung von Jugendlichen im Rahmen des Jugendausbildungssicherungsgesetzes insgesamt ein Maximalbetrag von öS 994,1 Mio. zur Verfügung. Dieser Betrag wird - da die konkreten Maßnahmen mehrjährig sind - heuer nur teilweise ausgegeben; der Rest steht im Wege einer Rücklagenzuführung und - Entnahme in den Folgejahren zur Verfügung. Aus dem Titel Arbeitsmarktförderung des AMS stehen im Jahr 2000 öS 807,9 Mio. zur Verfügung.

**Antwort zu den Punkten 7 und 8 der Anfrage:**

Im Jahr 2000 kommt es zu keiner Kürzung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik, ganz im Gegenteil steht heuer ein Rekordbudget zur aktiven Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Höhe von öS 11,1 Mrd., das sind um 5,7 % mehr als im Vorjahr zur Verfügung.

Für die Budgetverteilung zwischen den Landesgeschäftsstellen werden die wichtigsten arbeitsmarktpolitischen Problemsituationen nach ihrer regionalen Gewichtung herangezogen. Das heißt: Jede Landesgeschäftsstelle des Arbeitsmarktservice erhält die Budgetmittel entsprechend den regionalen Arbeitsmarkterfordernissen. Die Steuerung des Mitteleinsatzes für bestimmte Zielgruppen erfolgt über Zielindikatoren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Mitteleinsatz vor dem Hintergrund kontinuierlich sinkender Niveaus der Arbeitslosigkeit erfolgt, mit der Konsequenz einer substantiellen Erweiterung des Spielraums für aktive Arbeitsmarktpolitik.

**Antwort zu den Punkten 9 bis 12 der Anfrage:**

Regionale Ausbildungsverbände gibt es bereits auf Bundesländer - Ebene, die Entwicklung entsprechender Konzepte ist Angelegenheit der Länder.

Die Idee, regionale Ausbildungsverbände zu gründen, ist grundsätzlich zu unterstützen. Das BAG bietet die Voraussetzungen dazu. Ein erstes Modell dafür gibt es in Oberösterreich in einer Kooperation zwischen dem Land, der Wirtschaftskammer und der Arbeiterkammer. Die Finanzierung solcher regionaler Ausbildungsverbände sollte regional ohne zusätzliche Bürokratie und jedenfalls ohne Erhöhung der Lohnkosten (= ohne Schaffung von Beruhsausbildungsfonds etc.) erfolgen.

**Antwort zu den Punkten 13 und 14 der Anfrage:**

Den Forderungen der Beschäftigungspolitischen Leitlinien 2000 hinsichtlich der Entwicklung von Ausbildungskonzepten im Bereich der IKT wird durch die Ausarbeitung von professionellen Angeboten der IKT für neues Arbeitspotenzial an BHS in IT - Ausbildungsschwerpunkten und der Entwicklung eines neuen Fachschulmodelles mit IT - Qualifikation und Betriebspraktikum entsprochen. Darüber hinaus wurden neue Lehrberufe dem Trend am Arbeitsmarkt entsprechend entwickelt. Modernisierte Lehrberufe sowie die Neuschaffung von Lehrberufen in zukunftsträchtigen Bereichen soll dazu beitragen, Jugendliche auf die Herausforderungen des Arbeitsmarktes besser vorzubereiten. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit hat daher bereits seit 1997 durch die Einführung von insgesamt 47 neuen Lehrberufen einen Beitrag zur Entspannung der Lehrstellenkrise geleistet. Dadurch konnte eine Vielzahl zusätzlicher Betriebe für die Lehrlingsausbildung gewonnen und die Zahl der abgeschlossenen Lehrverträge erhöht werden.

**Antwort zu Punkt 15 der Anfrage:**

Die Entwicklung am Jugendarbeitsmarkt spiegelt den Erfolg des österreichischen dualen Berufsausbildungssystems wider. Die Jugendarbeitslosenquote ging 1999 von dem bereits vergleichsweise niedrigen Niveau 1998 auf 4,5% zurück und war EU - weit die niedrigste (Eurostat - Berechnungen). Österreich gehört daher zu den „best performern“ in der EU, die Maßnahmen in diesem Bereich sind zu den „best - practice - Modellen“ zu zählen. Es ist daher angebracht, bei den weiteren Maßnahmen die Stärkung und Sicherstellung des dualen Berufsausbildungssystems in den Vordergrund zu stellen.

**Antwort zu den Punkten 16 bis 19 der Anfrage:**

Eine solche Zusage eines Berufsausbildungsfonds - finanziert durch die Unternehmen mit öS 1 Mrd. jährlich - gibt es nicht.

Die Finanzierung der Lehrlingsausbildung einerseits durch die Ausbildungsbetriebe, andererseits durch die öffentliche Hand (insbesondere Berufsschulen) bzw. in einzelnen Branchen (etwa Bauwirtschaft) durch speziell eingerichtete branchenspezifische bzw. regionale Fonds hat sich bewährt.